

ARD Radioreport Recht
Aus der Residenz des Rechts
Dienstag, den 09. Dezember 2025

Wie verwundbar ist die deutsche Justiz?

Kolja Schwartz: Ein Blick in die Welt zeigt, autoritäre Populisten gehen strategisch oft sehr ähnlich vor auf ihrem Weg zur Macht. Erster Angriffspunkt ist fast immer die unabhängige Justiz. Das konnte man in Ungarn genauso beobachten, wie in Polen, den USA und vielen anderen Ländern.

Zunächst wird die Justiz gern schlecht geredet, als zu langsam, zu träge; als Elite, die den wahren Willen des Volkes nicht umsetzt. Das Bild wird hier und da durch eine Blockadepolitik gefüttert. Sobald die Populisten dann an der Macht sind, folgt oft eine Justizreform. Nach und nach wird dann Personal ausgetauscht und es werden Zuständigkeiten verschoben, damit die Justiz der eigenen Machtausübung nicht mehr im Wege steht. Die Diskursplattform Verfassungsblock befasst sich seit vielen Jahren genau mit dieser Strategie, berichtet der Herausgeber, der Jurist und Journalist Maximilian Steinbeis.

Maximilian Steinbeis: So 2010 rum haben wir gesehen, was in Ungarn passiert ist, nachdem dort Viktor Orbán an die Macht zurückgekehrt ist und da mit seiner Zweidrittelmehrheit, die er damals hatte, angefangen hat, die Verfassung in Ungarn umzubauen. Und da haben wir angefangen, VerfassungsrechtlerInnen aus Ungarn dann zu motivieren, darüber was zu schreiben, weil wir das wahnsinnig interessant fanden, weil eigentlich erwartet man ja irgendwie von der Verfassung, dass sie einen schützt vor autoritärer Herrschaft. Und plötzlich sehen wir da, dass stattdessen die Verfassung zu einem Werkzeug für autoritäre Herrschaft gemacht wird und dafür auch sehr

nützlich ist und dass da auch eine Strategie dahinter ist. Das begleitet sozusagen die Arbeit des Verfassungsblogs schon seit über 15 Jahren.

Und im Jahr 2023, vor den Landtagswahlen in Thüringen, in Sachsen und in Brandenburg, haben wir gesehen, dass da eben dieses Thema jetzt auch nach Deutschland kommt.

Kolja Schwartz: Fast ein Jahr lang hat sich nun ein Team aus 14 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit der Frage befasst, wie anfällig die deutsche Justiz für solche Angriffe von autoritären Populisten ist. Anna-Mira Brandau ist eine der Co-Projektleiterinnen des sogenannten Justiz-Projekts. Sie erzählt, wie es dazu gekommen ist:

Anna-Mira Brandau: Die Justiz, wir leben in einem demokratischen Rechtsstaat, die Justiz ist eine Gewalt und ist Teil der Gewaltenteilung. Sie ist also dafür zuständig, die Macht der Exekutive zu kontrollieren. Und kann sie das nicht mehr, dann wird es kritisch für einen demokratischen Rechtsstaat. Und das ist quasi das Ziel autoritärer Populisten, das können wir weltweit beobachten, das können wir in Thüringen beobachten. Und das hat uns beunruhigt und das hat quasi Anfang des Jahres, Ende letzten Jahres dazu geführt, zu sagen: die Justiz scheint uns das zu sein, wo wir als nächstes den Fokus drauflegen sollten. Und so ist die Idee des „Justiz-Projektes“ entstanden.

Kolja Schwartz: Aber warum interessieren sich Autokraten überhaupt für die Justiz? Warum ist sie ein entscheidender Teil ihrer Strategie? Maximilian Steinbeis mit einer Erklärung.

Maximilian Steinbeis: Die Justiz ist wahnsinnig nützlich für die autoritären Populisten in zweierlei Hinsicht. Erstens, um sozusagen diese Erzählung, mit der die autoritären Populisten immer hausieren gehen, dass sich da sozusagen so eine korrupte Elite, die nicht so richtig vom Volk legitimiert ist, sozusagen gegen den wahren Willen des Volkes irgendwie stellt und dass da ein Problem ist, wo man dann auch was machen muss und so. Und diese Story zu erzählen, dafür ist die Justiz ein gefundenes Fressen. Das hat man zum Beispiel in Polen sehr, sehr deutlich gesehen, wo mit den dortigen Versuchen der PiS-Regierung oder erfolgreichen Versuchen, die Justiz unter ihren Daumen zu kriegen. Und in anderer Hinsicht dann sozusagen damit die Voraussetzungen zu schaffen, dann eine sogenannte Justizreform durchzuführen. Das heißt, da muss man jetzt aufräumen, da muss man was machen und wir bauen das alles um, um dann die Justiz mit eigenen Leuten vollzupacken, mit Leuten, die der Linie der autoritären Populisten folgen und dann wird natürlich die Justiz zu einem sehr nützlichen Werkzeug für die autoritäre Herrschaft selbst.

Kolja Schwartz: Über Monate hat das Team vom „Justiz-Projekt“ zunächst 70 Gespräche mit Expertinnen und Experten aus der Praxis geführt, um eine Bestandsaufnahme durchzuführen. Wo lässt sich Sand ins Getriebe der Justiz in Deutschland streuen, wo ist sie besonders anfällig und wie könnten mögliche Angriffe aussehen? In einem zweiten Schritt hat das Projekt die Erkenntnisse in Szenarien gegossen. In konkreten Geschichten zeigen die Macher auf, wo die Justiz besonders angreifbar ist und wie Autokraten gegen sie vorgehen könnten.

Anna-Mira Brandau: Und durch diese Szenarien wollen wir deutlich machen, wie quasi vorgegangen wird, welche Maßnahmen auch häufig miteinander kombiniert werden. Denn es ist ganz selten so, dass man nur eine Sache macht, sondern man greift immer von mehreren Seiten an. Und gleichzeitig begleiten autoritäre Populisten das aber auch, indem sie Begründungsnarrative liefern. Sie erklären, warum sie machen oder warum sie vermeintlich machen, was sie machen. Häufig sind es natürlich Lügen, die sie dabei verbreiten. Aber wir wollten zeigen, dass es nicht die einzelnen Maßnahmen sind, sondern eine Kombination an Dingen gespickt mit Narrativen und Begründungen. Dabei sind diese Szenarien, die wir darstellen, weder der Blick in die Glaskugel noch sind es Aussagen darüber, so wird es hundertprozentig ablaufen. Aber es sind mögliche Zukünfte, die wir da darstellen.

Kolja Schwartz: So geht es zum Beispiel um die Anfälligkeit der 16 Landesverfassungsgerichte. Für die Richterwahl braucht man in 12 der 16 Landesparlamente eine Zweidrittelmehrheit. Das sei auf der einen Seite gut, sagt Anna-Mira Brandau, denn damit sei gewährleistet, dass die Regierung nicht mit einfacher Mehrheit ein Gericht mit loyalen Richterinnen und Richtern durchbesetzen könne. Es führt aber auf der anderen Seite dazu, dass eine Partei, die ein Drittel der Sitze in einem Parlament hat, eine Richterwahl auf Dauer mit der sogenannten Sperrminorität blockieren kann. Ohne sachliche Gründe. Mit Sorge blickt das Justizprojekt ganz konkret und aktuell auf Thüringen und Brandenburg, wo die AfD bereits eine solche Sperrminorität hat und zum Teil von der Blockademöglichkeit Gebrauch macht. In den Ländern, in denen es noch nicht so weit ist, könne man nun überlegen, wie man eine solche Blockade verhindern kann.

Anna-Mira Brandau: Wenn nach einer gewissen Zeit das Plenum des Landtags zu keiner erfolgreichen Wahl kommt, dann sollte das Vorschlagsrecht für die Kandidierenden aus dem Plenum rausgenommen werden in ein anderes Gremium hinein. Da haben wir verschiedene Optionen diskutiert, das Gericht selbst zum Beispiel. Gleichzeitig haben wir aber auch

noch einen anderen Vorschlag gemacht, und zwar ein Gremium *sui generis*, so nennen wir es, bestehend aus den Präsidentinnen und Präsidenten der oberen Landesgerichte, vielleicht noch in Kombination mit z.B. einem Vertreter oder einer Vertreterin der Landesrechtsanwaltskammer oder aus der Wissenschaft. In der Hoffnung, dass eines dieser Gremien, welches auch immer man wählt, Vorschläge unterbreitet, die quasi dem politischen Raum ein bisschen entzogen werden.

Kolja Schwartz: Gewählt werden müsste dann wieder im Landtag, aber da könnte man dann möglicherweise die einfache Mehrheit ausreichen lassen. In anderen Szenarien des „Justiz-Projekts“ geht es um die einfache Justiz, also die Zivil-, Verwaltungs- und Strafgerichte. Auch hier gäbe es viele Möglichkeiten, Sand ins Getriebe zu streuen. Wenn eine Partei erst einmal den Justizminister stellen würde, könnte der schon nach den heutigen Regeln viel Unheil anrichten, so das Ergebnis des „Justiz-Projekts“. Zum Beispiel entscheiden, dass bestimmte Fälle nur noch an bestimmte Gerichte kommen, etwa das Asylrecht für gewisse Herkunftsländer gebündelt an einem Gericht.

Anna-Mira Brandau: Wenn man jetzt wüsste, dass bestimmte Verwaltungsgerichte in besonderer Art und Weise auf der eigenen migrationspolitischen Linie entscheiden. Also zum Beispiel eine besonders strenge Spruchpraxis in Bezug auf bestimmte Herkunftsländer fällt, dann würde sich das aus autoritär-populistischer Sicht anbieten, die Asylverfahren an diesem Gericht zu bündeln.

Kolja Schwartz: Auch die Entscheidung über die Einstellung neuer Richterinnen und Richter liegt beim Justizministerium und könnte so ausgenutzt werden, erklärt Anna-Mira Brandau.

Anna-Mira Brandau: Der Schritt B wäre dann dafür zu sorgen, dass auch die Richterinnen und Richter, die über diese Fälle entscheiden, möglichst loyale Gefolgsleute sind. Wie könnte man das machen? Indem man zum Beispiel sagt, dieses Verwaltungsgericht, das ist ja jetzt besonders beschäftigt und die Eingangszahlen zeigen, da müssen neue Richterinnen und Richter hin. Und dann könnte man anfangen, mehr Richterinnen und Richter einzustellen. Auch das liegt in vielen Ländern ziemlich in exekutiver Hand, die Frage der Einstellung von Richterinnen und Richtern, und könnte diese dann gezielt an dieses Gericht tun.

Kolja Schwartz: Das größte Einfallstor für autokratische Bestrebungen ist das Personal, so ein Ergebnis des „Justizprojekts“. Sowohl das juristische als auch die anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an einem Gericht, die ebenfalls Verfahren verzögern und damit Einfluss nehmen könnten. Doch das „Justiz-

Projekt“ kommt zugleich zu dem Schluss, das Personal ist auch der wichtigste Faktor für die Widerstandsfähigkeit der Justiz.

Anna-Mira Brandau: Wenn dieses Personal ihr Berufsethos, der ja von Unabhängigkeit geprägt sein sollte - sie sind unabhängige Richterinnen und Richter - wenn sie das ernst nehmen, dann können sie eben auch ein wahnsinniges Bollwerk gegen solche Bestrebungen sein.

Kolja Schwartz: Nachzulesen sind die Ergebnisse des „Justiz-Projekts“ in dem Buch „Verwundbarkeit und Resilienz der dritten Gewalt“, das im Internet für alle zugänglich auf den Seiten des Verfassungsblogs zu finden ist. In dem Buch werden die Szenarien beschrieben, die zeigen, wie autoritäre Populisten mit der Justiz umgehen könnten.

Anna-Mira Brandau: Uns ist wichtig zu sagen, dass wir keine Handlungsanleitung geschrieben haben. Wir haben nicht aufgeschrieben, Schritt für Schritt, so müssen sie vorgehen, um ihr Ziel zu erreichen. Sondern wir haben Schwachstellen beschrieben, wir haben gesagt, so könnten sie vorgehen und wir sind dabei der Überzeugung, dass das, was wir jetzt offenlegen, was wir darstellen, diese Offenlegung mehr Nutzen bringt, als dass sie Schaden anrichtet. Denn wir glauben - und das gibt es zum Beispiel auch in anderen Bereichen, bei Hackern und Ähnlichem - dass einfach Wissen, wo Schwachstellen ist, wichtiger ist, als wegzugucken und zu hoffen, dass die andere Seite es hoffentlich auch nicht rausfinden wird.

Kolja Schwartz: Durch die Ergebnisse des „Justiz-Projekts“ könnten diejenigen, die davon betroffen sind, sich vorbereiten, wenn die Szenarien irgendwann Wirklichkeit werden sollten.